

Analyse

Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Einleitung

Der Begriff Oligarch beschreibt ausgehend von der antiken Definition der Oligarchie als Herrschaft der wenigen Reichen (Eigennützigen) unter anderem Großunternehmer, die ihr Vermögen benutzen, um politisch Einfluss zu nehmen. In diesem Kontext ist der Begriff Oligarch auch eng mit politischer Korruption assoziiert und wird vor allem bei der Analyse formal demokratischer Systeme mit autoritären Tendenzen verwendet, wie sie in Lateinamerika, Südostasien und seit den 1990er Jahren auch in Osteuropa zu finden sind. Der Begriff im engeren Sinne, wie er auch hier verwendet werden soll, umfasst damit nicht Politiker oder Staatsbedienstete, die ihren politischen Einfluss benutzen, um die Kontrolle über (staatliche) Wirtschaftsaktivitäten zu übernehmen.

In der Ukraine wurde der Einfluss von Oligarchen ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend als zentrales Merkmal des politischen Systems gesehen. Als es den Oligarchen im Jahre 2000 gelang im Parlament durch die Abwerbung von oppositionellen Abgeordneten eine pro-präsidentielle Mehrheit zu schaffen, wurde ihre Handlungsmacht offensichtlich. Für die Opposition wurden die Oligarchen zum Symbol der korrupten und undemokratischen Machtssicherungsstrategien von Präsident Leonid Kutschma. Eine zentrale Forderung der oppositionellen Proteste Ende 2004 waren deshalb die strafrechtliche Verfolgung der Oligarchen und die Trennung von Unternehmertum und Politik, die als Voraussetzung für eine Demokratisierung des politischen Systems verstanden wurden. Meinungsumfragen zeigen, dass die Ukrainer jedoch weiterhin an den starken politischen Einfluss egoistischer Interessengruppen in ihrem Land glauben, wie Grafik 1 auf Seite 6 zeigt. Hier soll nun analysiert werden, wie sich der politische Einfluss der Oligarchen in den letzten Jahren entwickelt hat.

Die Wirtschaftsmacht der Oligarchen

Der wirtschaftliche Aufstieg der ersten ukrainischen Oligarchen folgte Anfang der 1990er Jahre einem weitgehend einheitlichen Muster. Mit dem Beginn marktwirtschaftlicher Reformen begannen eine Reihe von Unternehmern in einer gesetzlichen Grauzone und teilweise auch durch illegale Aktivitäten erhebliche Gewinne zu erwirtschaften. Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit bildeten dabei zum einen Handelsaktivitäten und zum anderen Finanzgeschäfte. In beiden Fällen waren große Gewinne nur mit Hilfe politischer Unterstützung möglich. Regulierungs- und Kontrollbehörden mussten ein Auge zudrücken. Die Nationalbank gab Vorzugskredite. Staatliche Unternehmen wurden als Kunden gewonnen.

Die Gewinne aus Finanz- und Handelsaktivitäten investierten einige dieser Unternehmer in die Industrie, um Unternehmensbeteiligungen zu erwerben. Zum einen übernahmen sie im Zuge der Privatisierung staatliche Unternehmen. Zum anderen benutzten Handelsfirmen die Schulden ihrer Kunden, um deren Unternehmen im Rahmen von Konkursverfahren unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch hier war staatliche Unterstützung unverzichtbar. Die Privatisierung wurde in vielen Fällen durch die zuständigen staatlichen Behörden manipuliert. Auch die Konkursverfahren wurden häufig zugunsten der Handelsunternehmen beeinflusst.

In den meisten Fällen erwarben die Oligarchen alle Unternehmen, derer sie habhaft werden konnten. Im Ergebnis waren ihre Holdings ein Sammelsurium unterschiedlichster Geschäftstätigkeiten. Die Zusammenfassung in einer Verwaltungsstruktur brachte deshalb häufig kaum Effizienzgewinne, da die Unternehmen de facto weiterarbeiteten wie vor der Übernahme. Später entwickelten jedoch einige Holdings Investitionsschwerpunkte und versuchten hier systematisch Beteiligungen zu erwerben. Durch Konzentrationsprozesse und durch vertikale Integration, d. h. durch die Vereinigung von Zuliefer-, Produktions- und Absatzbereich, konnten sie Synergieeffekte erreichen. Dabei konzentrierten sich die Oligarchen auf die Branchen, die in der Ukraine mit Gewinn wirtschafteten. Dies waren vor allem die Metallindustrie, die Öl- und Gasindustrie sowie Teile des Maschinenbaus und der Nahrungsmittelindustrie. Die Profitabilität der meisten Unternehmen blieb jedoch stark abhängig von einer staatlichen Vorzugsbehandlung. Gleichzeitig blieben die Oligarchen aufgrund der juristischen Fragwürdigkeit einiger ihrer Geschäftstätigkeiten und auch vieler ihrer Unternehmensübernahmen angreifbar. Im Ergebnis lösten sich einige der Holdings genau so schnell wieder auf, wie sie entstanden waren.

Der Ende der 1990er Jahre einsetzende Wirtschaftsaufschwung führte gleichzeitig zum Aufstieg einiger neuer Oligarchen. Ihr Vermögen wuchs rasant. Dies führte zum einen zu einer Konsolidierung der Holdings, die strategische Präferenzen entwickelten und in vertikale Integration und Modernisierung investierten. Zum anderen begann eine Reihe von Holdings sich zunehmend in die globale Wirtschaft zu integrieren.

Nach Angaben der Zeitschrift Forbes, die 2004 noch keinen einzigen ukrainischen Milliardär verzeichnet hatte, gab es 2006 in der Ukraine bereits 7 Unternehmer mit einem Vermögen von mehr als 1 Mrd. US-Dollar. Insgesamt 29 Personen hatten nach einer Schätzung der ukrainischen Zeitschriften Korrespondent und Kyiv Post ein Vermögen von mindestens 200 Mio. US-Dollar. Auch wenn sich das Vermögen der ukrainischen Oligarchen sowohl aufgrund von Schachtelbeteiligungen als auch aufgrund schnell wechselnder Konjukturen nicht eindeutig bestimmen lässt, so ist doch klar, dass sich in der Ukraine eine kleine Gruppe von Großunternehmern etabliert hat. Die Mehrheit von ihnen hat politische Verbindungen und entspricht damit der Definition des Oligarchen. Die Zeitschrift Korrespondent zählte 2007 insgesamt 18 Großunternehmer zu den 100 einflussreichsten Personen des Landes. Einen Überblick über die ukrainischen Oligarchen gibt Tabelle 1 auf Seite 6–7.

Die prominentesten Vertreter, die auch alle zu den von Forbes identifizierten Milliardären gehören, sind Rinat Achmetow mit seiner Donezker Holding SKM, Vitalij Hajduk und Serhij Taruta als Repräsentanten der ebenfalls in Donezk ansässigen ISD-Holding sowie Ihor Kolomojskij und Hennadij Bogoljubov von der Dnipropetrovker Privat-Gruppe und Viktor Pintschuk mit der ebenfalls in Dnipropetrovsk ansässigen Holding Interpipe.

Politische Einflussnahme

Der wirtschaftliche Aufstieg der Oligarchen vollzog sich in einer engen Symbiose mit der politischen Elite des Landes. Der unvollständige rechtliche Rahmen sowie die Korrumperbarkeit von Regulierungsbehörden und Gerichten machten politischen Schutz zu einer Voraussetzung für erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Gleichzeitig konnte, wie oben dargestellt, der Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern auch für vorteilhafte Geschäftstätigkeit genutzt werden. Verbindungen zur politischen Elite waren also eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg der Oligarchen. Um diese Verbindungen abzusichern, wurden die meisten Oligarchen ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch selbst politisch aktiv. Dabei agierten sie jedoch nicht kollektiv, vielmehr rivalisierten sie um Einfluss und bildeten nur in Ausnahmefällen umfassende Koalitionen.

Die politische Einflussnahme der Oligarchen erfolgte dabei über drei Wege. Erstens erwarben sie Massenmedien, um über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung Zugang zur Politik zu erhalten. Zweitens entwickelten sie mit der politischen Elite (in der Regel regionale) Seilschaften, die auch den Zugang zur nationalen Politik ermöglichen. Drittens übernahmen sie selbst politische Ämter sowohl in der Exekutive als auch in der Legislative. Die Bedeutung der einzelnen Wege der Einflussnahme unterscheidet sich sowohl zwischen den Oligarchen als auch im Zeitverlauf.

Massenmedien

Großangelegtes privatwirtschaftliches Engagement im Bereich der Massenmedien begann Mitte der 1990er Jahre. Es zeigte sich jedoch, dass sowohl bei Konsumenten als auch bei Werbekunden die Nachfrage nicht ausreichte, um große Medienkonzerne profitabel zu führen. Entsprechende Versuche der Oligarchen Vadim Rabinovitsch und Oleksandr Volkov scheiterten Ende der 1990er Jahre. Die einzige Ausnahme ist Oleksandr Rodnjanskij, der sowohl in der Ukraine als auch in Russland einen Fernsehsender besitzt und darüber hinaus eine erfolgreiche Produktionsfirma betreibt. Etliche Oligarchen haben jedoch einzelne Medienunternehmen in ihre Mischholdings integriert.

Das Fernsehen ist in der Ukraine das zentrale Informationsmedium der Bevölkerung. Für die politische Einflussnahme der Oligarchen direkt relevant sind also vor allem Fernsehsender mit politischer Berichterstattung. Insgesamt 10 Sender haben bei politischen Nachrichten einen Zuschaueranteil von mehr als 2 %. Einen Überblick über die Sender und ihre Eigentümer gibt Tabelle 2 auf Seite 7.

Es zeigt sich, dass von den großen Oligarchen nur Pintschuk und mit Abstrichen Achmetow landesweit einen nennenswerten Einfluss auf die Medienberichterstattung nehmen können. Die Sender von Pintschuk kommen im Nachrichtenbereich zusammengekommen auf einen Zuschaueranteil von 21 % und sind damit gleich auf mit den von Rodnjanskij und Choroschkovskij dominierten Sendern. Umgekehrt ist aber auch zu konstatieren, dass über zwei Drittel der ukrainischen Fernsehzuschauer Nachrichtensendungen sehen, die direkt mit oligarchischen Interessen verbunden sind.

Im Printbereich gibt es nur vier Zeitungen mit politischer Berichterstattung, die eine Auflage von über 200.000 Exemplaren und damit eine breitere Wirkung erreichen. Im Besitz eines Oligarchen sind davon *Fakty i Kommentarii* (Pintschuk) sowie *Segodnja* (Achmetow).

Ausserdem betreiben die Oligarchen regionale Fernsehsender sowie auflagenschwächere Printmedien. Beide besitzen nur eine begrenzte Reichweite, können

aber besser auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet werden. Oligarchen mit starkem Bezug zu einer regionalen Seilschaft haben sich teilweise stark in regionalen Medien engagiert. SKM (Achmetow) publiziert eine Reihe regionaler Zeitungen im Donbass, die Privat-Gruppe (Kolomojskij, Bogoljubov) betreibt einen Fernsehkanal in Dnipropetrowsk. Überregionale Tageszeitungen und politische Zeitschriften dienen darüber hinaus als Kommunikationsorgan der politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie als Beleg der eigenen Seriösität im Informationsbereich. ISD (Hajduk, Taruta) publiziert gleich zwei renommierte Wirtschaftsjournale. Die Privat-Gruppe kontrolliert zusätzlich die Nachrichtenagentur UNIAN. Etliche Oligarchen betreiben auch Websites, die eher ein junges Bildungspublikum ansprechen.

Seilschaften

Die deutlich werdende Schwäche politischer Bewegungen und der gleichzeitige wirtschaftliche Aufstieg der Oligarchen Mitte der 1990er Jahre prägten die politische Strategie des 1994 gewählten Präsidenten Leonid Kutschma. Sein politisches Kalkül konzentrierte sich nicht mehr auf politische Lager, wie sie im Parlament weiter vertreten waren, sondern auf regionale Seilschaften. Vertreter der politischen Elite einer Region wurden in nationale Ämter nach Kiew berufen. Mit Hilfe ihrer neu gewonnenen Kompetenzen konnten diese Politiker dann die Unternehmer fördern, mit denen sie durch Seilschaften verbunden waren. Die Politiker scheinen dafür in der Regel am Gewinn der Unternehmer über politische Korruption beteiligt worden zu sein. Die regionalen Seilschaften nutzten ihren Einfluss auf Massenmedien und auf die politische Stimmung in ihrer Region, um die öffentliche Meinung zugunsten des Präsidenten zu beeinflussen.

Auf diese Weise profitierten alle Beteiligten vom Arrangement. Die regionalen Politiker erhielten einflussreiche Positionen auf der nationalen Ebene und Bestechungszahlungen der Unternehmer. Die Unternehmer erhielten eine Vorzugsbehandlung durch die Politik, die ihnen immense Gewinne bescherte. Und der Präsident erhielt Unterstützung für seinen Wahlkampf. Entscheidend für den Präsidenten war nun, so viele regionale Seilschaften zu integrieren, dass deren vereinigte Wahlkampfhilfe ausreichte, um die Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

Für die Präsidentschaft Kutschmas wurde deshalb spätestens seit Ende der 1990er Jahre davon ausgegangen, dass die Oligarchen in der ukrainischen Politik nicht individuell agieren, sondern sich zu regionalen Clans zusammengeschlossen haben, die Akteure aus Wirtschaft und Politik vereinigen. Dabei wurden für die Ukraine drei regionale Clans mit Einfluss auf der

nationalen Ebene unterschieden. Erstens der Dnipropetrowsker Clan, der im Bereich der Wirtschaft von den Holdings Interpipe und Privatbank repräsentiert wurde und in der Politik neben Präsident Kutschma mehrere Ministerpräsidenten stellte. Zweitens der Donetsker Clan, der auf Seiten der Wirtschaft die Holdings der Industrial Union of Donbas und System Capital Management umfasste und auf der politischen Seite von der Donetsker Regionalverwaltung unterstützt wurde. Mit Viktor Janukowitsch, dem ehemaligen Gouverneur von Donezk, ist der Clan seit 2002 auch in der nationalen Politik präsent. Drittens wurde häufig noch der Kiewer Clan genannt, der wirtschaftlich die »Dynamo Kiew«-Gruppe stellte und in der Politik vor allem durch Viktor Medwedtschuk vertreten wurde, der 2002 zum Leiter der Präsidialverwaltung berufen wurde. Nach einer Analyse der ukrainischen InvestGazeta kamen 2003 insgesamt 49 % der Wirtschaftseliten aus einer dieser drei Regionen.

Es ist sicher zutreffend, dass die Oligarchen, die die 1990er Jahre erfolgreich überstanden, ihre Karriere in einer dieser drei Regionen begonnen hatten und politische Unterstützung vor allem von Politikern ihrer Region erhalten haben. Dabei sind enge und intransparente Beziehungen entstanden, die häufig politische Korruption beinhalteten. Der Begriff des Clans kann aber eine Geschlossenheit und Kontinuität suggerieren, die in dieser Form nicht gegeben ist. Hinzu kommt, dass mit dem Ende der Amtszeit Kutschmas die Kiewer und Dnipropetrowsker Seilschaften ihren politischen Einfluss verloren haben. Damit kann nur noch für Donezk von einer einflussreichen regionalen Seilschaft gesprochen werden, die sich um Janukowitsch und Achmetow gruppieren.

Das Prinzip einer informellen Seilschaft zwischen Oligarchen und Politik, bei der Politiker die wirtschaftlichen Interessen der Oligarchen fördern und im Gegenzug durch politische Korruption finanziell partizipieren, erstreckt sich aber auch auf die Beziehungen zwischen einzelnen Oligarchen und für ihre Branche zuständigen Vertretern der Exekutive. Ein schillerndes Beispiel hierfür ist der Aufstieg von Firtasch nach der Orangen Revolution. Die Übernahme einer Monopolposition im ukrainischen Erdgasimport wurde sowohl von Janukowitsch als auch von Juschtschenko akzeptiert. Beide unterstützten auch die extrem undurchsichtige Gestaltung der Geschäftsbeziehungen und wahrten lange Zeit die Anonymität von Firtasch als Mehrheitseigner der Importfirma RosUkrEnergo.

Übernahme politischer Ämter

Um ihre Verbindung zur Politik zu stabilisieren, haben viele Oligarchen auch formale politische Ämter übernommen. Von den fünf größten Oligarchen-Holdings,

die alle sieben ukrainischen Milliardäre auf der Forbes-Liste 2007 stellen, ist nur die Privat-Gruppe nie formal in der Politik präsent gewesen. Von den 30 reichsten Ukrainern, die Korrespondent und Kyiv Post 2006 identifizierten, bekleidete etwa die Hälfte in den letzten Jahren Positionen in der nationalen Legislative oder Exekutive. Einen Überblick über die politischen Ämter der Oligarchen gibt Tabelle 3 auf Seite 8.

Während sich die regionalen Seilschaften und damit auch die Oligarchen bis 2004 um Präsident Kutschma gruppiert hatten, kam es nach dem Machtwechsel unter Präsident Juschtschenko zu einer Ausdifferenzierung. Einige Kutschma-nahe Oligarchen, wie Pintschuk und Jaroslavskij, zogen sich aus der Politik zurück. Die Donezker Seilschaft um Janukowitsch und die Partei der Regionen etablierte sich damit als eigenständige politische Kraft, die unter den Oligarchen insbesondere von Achmetow unterstützt wurde. Auf der anderen Seite erlangten nun Unternehmer politischen Einfluss und damit Oligarchen-Status, die Juschtschenko und Timoschenko unterstützt hatten, namentlich Poroschenko und Slobodjan. Hinzu kamen einige Oligarchen, die nach der Orangen Revolution das Lager wechselten, wie die Brüder Buriak, Chmelnizkij (der 2006 erneut wechselte), Schpig und Zhevago.

Nach dem Machtwechsel befand sich so die Mehrheit der ukrainischen Oligarchen im orangen Lager und erhielt auch hier die Möglichkeit Abgeordnetenmandate zu übernehmen. Im Zuge der Parlamentswahlen 2006 und 2007 ist die Zahl der Oligarchen im Parlament aber deutlich zurückgegangen. Während Anfang 2006 noch 12 Oligarchen im Parlament repräsentiert waren (davon 8 aus dem orangen Lager), waren es nach der Parlamentswahl 10 (davon 7 aus dem orangen Lager) und nach den vorgezogenen Neuwahlen im September 2007 nur noch 8 (davon 5 aus dem orangen Lager).

Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass der Einfluss der Oligarchen im Parlament schwindet. Vielmehr werden viele Oligarchen im Parlament durch enge Vertraute repräsentiert. So wurde der von der Privat-Gruppe eingesetzte Leiter des Unternehmens Ukrnafta, Ihor Palizja, bei den Parlamentswahlen 2007 auf der Liste von Unsere Ukraine ins Parlament gewählt. Mit

Andrei Portnow besaß die Privat-Gruppe gleichzeitig einen Repräsentanten auf der Wahlliste des Blocks Timoschenko, der ebenfalls einen Parlamentssitz erhielt. Juri Stez, ein führender Manager des 5. Fernsehkanals, der zur Unternehmensgruppe von Poroschenko gehört, kandidierte 2007 erfolgreich für Unsere Ukraine. Obwohl Achmetow 2007 erneut selbst für die Partei der Regionen kandidierte, setzte er auch die Kandidatur einer Reihe von Vertrauten durch. Neben Managern aus seiner Unternehmensgruppe gehörte dazu auch sein ehemaliger Chauffeur Vladimir Malzew. Ebenfalls auf der Liste der Partei der Regionen kandidierte der Sicherheitschef von Firtasch, Ivan Mirni. Beide schafften den Einzug ins Parlament.

Die Übernahme von Abgeordnetenmandaten durch Vertraute hat für die Oligarchen eine Reihe von Vorteilen. Erstens entziehen sie sich so der öffentlichen Aufmerksamkeit. Zweitens ermöglichen sie so ihren Parteien ein weniger interessengebundenes Image zu entwickeln (was insbesondere bei Unsere Ukraine im Wahlkampf 2007 von Bedeutung war). Drittens können sie so ihre Unternehmen selbst leiten, während ihnen als Abgeordneten unternehmerische Tätigkeit seit 2005 verboten ist. Viertens können sie ihren politischen Einfluss differenzieren, indem sie Vertreter in verschiedene politische Lager entsenden. Da die politische Macht seit 2005 zwischen verschiedenen Parteien umstritten ist, können die Oligarchen so unabhängig vom Ausgang des Machtkampfes ihren Einfluss sichern.

Andererseits besteht für die Oligarchen aber das Risiko, dass sie das Verhalten ihrer Vertrauten in der Politik nur begrenzt kontrollieren können. Diese können sich etwa von anderen politischen Kräften abwerben lassen oder auf eine eigenständige politische Karriere setzen. Aus analytischer Sicht ergibt sich zudem das Problem, dass beim politischen Engagement von Oligarchen nahestehenden Personen nicht eindeutig entschieden werden kann, ob diese Personen die Interessen der Oligarchen oder ihre eigenen Interessen (oder auch beide) vertreten. Der Einfluss der Oligarchen auf das Parlament wird damit nicht nur weniger direkt, sondern auch weniger fassbar.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps

- Sabine Fischer (Hg.): Ukraine. Quo Vadis?, Chaillot Paper No. 108 (Februar 2008), <http://www.iss.europa.eu/uploads/media/cp108.pdf>
- Heiko Pleines: Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004, Münster (LIT) 2005